

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 23 (1929)
Heft: 10

Rubrik: Rundschau : Monatsschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

meinung und damit Menschenwerk war — im schroffen Gegensatz zum Grundsinn des Protestantismus — stärker als die Ehrfurcht vor Gottes überragender Grösse und dem gerade darin wurzelnden überragenden Recht der Liebe. Darum muss versucht werden, bei aller demütigen Ehrfurcht vor jenen Grossen, doch ihren Kampf in einem andern Stil weiterzuführen und, wenn möglich, zu überwinden. Soli Deo gloria!

L. R a g a z.

Rundschau

Monatsschau.

1. Weltpolitisches.

Die Völkerbunds-Versammlung, welche gerade in die Zeit fiel, wo die letzte Monatsschau abgeschlossen werden musste, liegt nun schon wieder weit hinter uns. Sie hat, wie mir scheint, im allgemeinen nur eine mässige Zensur erhalten. Ich glaube mit Unrecht. Denn sie hat doch allerlei Wertvolles, ja Grosses gebracht. Da ist vor allem der Beitritt Englands und seiner Dominions zur sogenannten fakultativen Klausel, das heisst, zur obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit¹⁾ (die „fakultativ“ ist, insofern, als es den Völkerbundsstaaten frei steht, ihr beizutreten oder nicht), welchem Beispiel dann eine grosse Reihe von Staaten (unter anderem Italien!) gefolgt sind, sodass wohl binnen kurzem dieses Netz des Rechtes alle Völkerbundsstaaten, ja alle Staaten überhaupt umfassen wird. Mag dieses Netz auch noch kein ehernes und mögen die Beitrittserklärungen noch so sehr mit Vorbehalten garniert sein, es handelt sich trotzdem um einen Fortschritt von ganz ungeheurer Bedeutung auf dem Wege, der da heisst: Ersetzung der Gewalt im Völkerleben durch das Recht. Man bedenke dabei, dass bis vor kurzem nicht eine wirkliche Grossmacht diesen Schritt getan hatte. — Es mag gerade hier beigefügt werden, dass der Beitritt der Vereinigten Staaten zum Schiedsgerichtshof nun vollends eine ausgemachte Sache zu sein scheint.

Als Zweites ist hervorzuheben der ernsthafte Versuch, den Kellogg-Pakt mit seiner Aechtung des Krieges und den Völkerbunds-Pakt, der ja, gegen Wilsons Willen, unter gewissen Bedingungen seine Legitimität noch gelten lässt, dadurch in Uebereinstimmung zu bringen, dass der Krieg auch aus dem Covenant verschwinde. Auch das wäre ein gewaltiger Schritt. Mag er auf der diesjährigen Versammlung auch noch nicht zur Durchführung gelangt sein, so besteht doch alle Aussicht, dass diese in Bälde erfolgen wird.

Das Dritte, was als wertvoller Ertrag zu nennen wäre, ist der Vorschlag, einem allfällig angegriffenen Staat vom Völkerbund aus finanziell zu Hilfe zu kommen. Wenn man bedenkt, dass nach dem bekannten Wort des Grafen Montecuculi, das durch das Kriegsschulden-Problem aufs neue bekräftigt wird, zum Kriegführen erstens Geld gehört, zweitens Geld und drittens Geld, so leuchtet die Bedeutung einer solchen Massregel ein. In sie eingeschlossen müsste freilich sein, dass der Angreifer keines erhält. Das wäre dann — auf dieser Linie — durchaus entscheidend.

Als Viertes nenne ich die Proklamierung der Idee der Vereinigten

¹⁾ Diese Schiedsgerichtsbarkeit gilt freilich nur für Konflikte von rechtlicher Natur, aber welcher politische Konflikt hätte nicht seine rechtliche Seite?

Staaten Europas von der Tribüne der Völkerbunds-Versammlung aus durch Briand und Stresemann, also durch zwei Staatsmänner (man darf ihnen wohl diesen Namen geben), denen niemand mit Erfolg den Vorwurf des Utopismus wird machen dürfen. Wir haben auch damit das geeinigte Europa noch nicht. Haag war dafür auch eine gar zu schlechte Vorbereitung! Aber dass dieser Gedanke als Bekenntnis an diesem Orte und durch solchen Mund geäußert werden durfte, bezeichnet wieder eine ganz gewaltige Wende der Zeiten. Noch vor nicht allzulanger Zeit meinte ein Basler Professor der Theologie (ein Reichsdeutscher) die Lacher sicher auf seiner Seite zu haben, als er mich wegen der Vertretung dieses Gedankens angriff. (Die Theologen sind halt immer grosse „Realpolitiker“, und umso grössere, je weniger sie von Politik eine Ahnung haben.) Dass ich selbst mir diese „Vereinigten Staaten von Europa“ bloss als einen europäischen Föderalismus im Rahmen des Völkerbundes denken kann und will, sei nur nebenbei noch bemerkt. Ich habe mich ja über dieses Thema vor Jahren genügend geäußert.¹⁾ Dass auf dieser Versammlung nicht schon der Grundstein des Rathauses von Pan-Europa gelegt wurde, ist nicht gerade zum verwundern; die Sache macht aber ihren Weg.

Ein weniger erfreuliches Bild gewährte die Arbeit für die Abrüstung. Hier stellte sich als Haupthindernis der Gegensatz zwischen der englischen und der französischen Auffassung über deren Methode in den Weg. Wieder konnte man sehen, wie verhängnisvoll Haag gewirkt hat. Denn wenn in Genf ein Engländer, der nun wieder dorthin gekommene Lord Cecil, auf die Abrüstung drang, so begegnete ihm die französische Sorge um die Sicherheit, die alle Verbündeten Frankreichs teilen. Wenn ohne Rücksicht auf die politische Lage nach dem gleichen Schema abgerüstet werden, also die überlegene Industrie eines Landes, die für den modernen Krieg entscheidend ist (das sogenannte *potentiel de guerre*) auf der einen Seite nicht in Betracht gezogen und auf der andern die militärischen Reserven nicht geduldet werden sollen, dann, so erklären Frankreich und seine Verbündeten und sogar sehr pazifistische Deutsche, und zwar nicht etwa bloss Foerster und seine Anhänger, wird in Bälde Deutschlands militärische Ueberlegenheit und damit seine Vorherrschaft über den Kontinent wieder hergestellt sein. Was man auch von dieser Argumentation halten möge, so liegt hier auf alle Fälle ein Haupthindernis für eine Friedigung Europas. Irgendwie wird man Frankreichs Sorge (die nicht nur seine Nationalisten und Militaristen hegen) beruhigen, gerade wie man in bezug auf seine Ostgrenze Deutschland wird entgegenkommen müssen. England wird, wenn es ihm mit seiner Friedenspolitik ernst ist (was bei Labour sicher nicht bezweifelt werden darf), sich die Sache nicht allzubequem machen dürfen, indem es, nach einem alten Rezept, bloss die jeweiligen stärkste kontinentale Macht, heute also Frankreich, bekämpft. Das sieht dem nationalen Egoismus allzu ähnlich. Es muss vielmehr im Rahmen einer pazifistischen Weltpolitik eine wirklich europäische Friedenspolitik treiben. Dabei wird es selbst auch am besten fahren.

Um auf Genf zurückzukommen, so muss zum Schlusse doch festgestellt werden, dass gerade diese letzte Versammlung gezeigt hat, wie sicher nun der Völkerbund dasteht. Es ist schwer zu denken, dass dieses Gebäude so leicht wieder einstürzen werde, wie es seit zehn Jahren allerlei Propheten weissagen. Die Reden eines MacDonald, Briand, Stresemann waren immerhin das Beste, was im Laufe dieses Jahres von politischen Tribünen vernommen worden ist. Es sind auf dieser Versammlung grosse, konstruktive Gedanken aufgetaucht, neben den schon angeführten z. B. auch der eines mehrjährigen Zollfriedens, überhaupt einer Erhöhung der wirtschaft-

¹⁾ Vergleiche z. B. den Aufsatz: Paneuropa, der Völkerbund; europäischer Ausblick (April 1926).

lichen Aktion des Völkerbundes, im besonderen einer internationalen Behandlung der Kohlenfrage und vieles andere. Diese Saat ist nicht sofort aufgegangen, aber es war doch Leben und schöpferisches politisches Denken da, und wenn mit irgend etwas, so muss man mit dem ungeheuren Werk des Völkerbundes Geduld haben. Im übrigen kann doch keiner, der nicht bloss ein wilder Hasser ist, noch seine Beseitigung verlangen, sondern bloss seine Weiterbildung und Umbildung. Die Belebung seiner Aktion durch die englische Arbeiter-Regierung zeigt, an welchem Punkt dabei einzusetzen ist: Schicket, ihr Kritiker und Kritikaster, andere Leute nach Genf und schicket die Generäle, Admiräle und heutigen Regierungssysteme mit guter Pension ins Pfefferland, dann wird es in Genf rasch noch viel besser gehen!

Etwas verdunkelt wurde die Völkerbunds-Versammlung, wie durch Schatten vom Haag her, so durch Licht von London und Newyork her. Und man muss ja wohl zugeben, dass die englisch-nordamerikanische Annäherung ein Ereignis von noch grösserer Bedeutung darstellt, als alles, was in Genf geschehen ist. Wenn Hoover und Mac Donald in einem gemeinsamen Manifest erklären, dass sie einen Krieg zwischen England und den Vereinigten Staaten für undenkbar halten, wenn sie hinzufügen, dass sie ihre Friedensarbeit vom atlantischen Ozean auch auf den pazifischen und das Mittelmeer ausdehnen wollen (und England seine Rüstungen im Pazific einzustellen gewillt scheint), wenn Mac Donald vor dem nordamerikanischen Kongress unter gewaltigem Beifall eine Friedens- und Freundschaftsrede hält und von der Begeisterung der amerikanischen Volksmassen umbraust wird, so sind das ganz grosse Dinge, die gewaltige Perspektiven, und zwar verheissungsvolle, eröffnen. Sollten wir in Skepsis und Müdigkeit oder auch antipathischer Voreingenommenheit dafür kein Auge und keine Freude mehr haben?

Vor der Arbeiter-Regierung steht nun noch die gewaltige Aufgabe, mit Russland in ein neues Verhältnis zu kommen und die, das indische Problem zu lösen, Aufgaben, die zusammenhängen und jede riesengross. Hinter ihnen erhebt sich die zum Teil sich zwar damit deckende, aber noch umfassendere der Neugestaltung des Verhältnisses der „weissen Rasse“ zu Asien und Afrika. Die Verhandlungen mit Russland scheinen vorwärts zu gehen (England hat die Forderung einer vorangängigen Bereinigung der Schuldenfrage nun fallen gelassen) und in bezug auf Indien vernimmt man, dass die Arbeiterregierung wirklich bereit sei, ihm den sogenannten dominion status, das heisst, die volle Unabhängigkeit im Rahmen des englischen Reiches zu gewähren. Das wäre allerdings noch mehr als alles andere, von dem wir berichtet. Labour würde damit, rein menschlich-politisch gesprochen, zum Retter Englands und des Abendlandes. Ob es wirklich geschehen wird?

Diese günstigen Entwicklungen haben gleichsam ein Negativ in Form von Enthüllungen über das Treiben der nationalistisch-militaristischen zum Kriege treibenden Mächte gefunden. Die Affäre Shearer hat weitere Dimensionen angenommen und wirft ein mächtiges Scheinwerferlicht in die höllischen Abgründe der Kriegsindustrie und des militärischen Systems. Wieder zeigt sich: bis nicht die Waffen- und Munitionsfabrikation (die Giftgasfabriken inbegriffen) zerstört und die Generäle und Admiräle bis zum jüngsten Gericht beurlaubt sind, wird es nicht Frieden geben können. Ein ähnliches Licht der Wahrheit bedeutet die Aufdeckung der nationalistischen Verhandlungen und Treibereien zwischen Deutschland und Frankreich. Da leben die guten Bürger im Glauben, jenseits der Grenzen sitze der „Erbfeind“, und die Zeitungen sorgen dafür, dass die nationalistisch-militaristische Lügenposaune nicht verrostet, inzwischen aber setzen sich Politiker und Generäle aus beiden Lagern (und zwar gut „nationale“) fidel miteinander zum Frühstück und beraten bei Sekt und Austern militärische Bündnisse der „Erbfeinde“. Gelingt das nicht oder treten sonst andere Wendungen ein, dann wird das heilige Feuer entfacht,

und die Bürger stürzen im Namen Gottes und aller heiligsten Güter vor, um sich abzuschlachten. Wie lange werden die Völker noch so dumm sein?

Einen Schatten auf das Bild eines gewaltigen Fortschreitens der Befriedung Europas hat der Tod Gustav Stresemanns geworfen. Es ist mir nicht möglich, darüber viel zu sagen. Ergreifend ist das persönliche Schicksal dieses gewiss nicht gewöhnlichen Mannes. Deutschland ist ihm, rein national gesprochen, zweifellos zu grossem Danke verpflichtet. Ob auch Europa? Sicher hat er eingesehen, dass zunächst der Weg der „Erfüllung“ und des „Pazifismus“ für Deutschland auch der einzige Weg zum neuen Aufstieg sei. Insofern war seine Politik gewiss ehrlich. Aber ob er endgültig an den Frieden und eine neue Ordnung der Völkerwelt glaubte? Ob er von Herzen den neuen Zielen ergeben war? Ich muss gestehen, dass ich diesen Herzenston, diesen Ton letzter Aufrichtigkeit der Friedensgesinnung aus seinen Reden und Taten nie vernommen habe. Die Beschimpfung Foerstes, die Duldung der deutschen Aufrüstung, die unversöhnliche Ostpolitik und vieles derart wiesen nach einer andern Richtung. Die Frage, ob der einstige wilde Annexionist sich nicht nach vollbrachter Abschüttelung der Kriegsfolgen wieder als deutsch-nationaler Machtpolitiker entpuppen werde, schien mir nicht mit Sicherheit zu beantworten. Ich bin aber herzlich bereit, diesen letzten Zweifel fallen zu lassen, sobald ich es auf Grund unzweideutiger Dokumente und Eindrücke ehrlich darf. Inzwischen ist ja wichtiger die andere Frage, was nun in Deutschland werden soll. Es scheint sich zunächst die Krise zu verschärfen. Stresemanns Tod wird vielleicht die Reaktion zu gewissen weiteren Schritten ermutigen. Die Republik scheint entschlosseneren Widerstand als bisher zu leisten. Der Kampf um das Volksbegehren gegen den Young-Plan wird die Verwirrung, aber vielleicht dann auch die Klärung fördern. Es ist nicht unmöglich, dass am Ende dieser Krise ein Deutschland steht, das noch mehr als das Stresemanns ein sicheres Bollwerk des neuen Europa sein wird.

In Oesterreich ist die akute Gefahr des Bürgerkrieges vorüber, die chronische bleibt vorläufig. Die Entwicklung scheint den Gang zu nehmen, dass eine gewisse Ausgleichung zwischen den ziemlich gleich starken zwei Lagern versucht wird. Dafür scheint die neue Regierung Schober das Organ zu sein. Diese Wendung ist nicht zum wenigsten eine Folge des Eingreifens von Friedensmächten, die vom Klassenkampf von rechts und links her unabhängig sind. Wir haben im letzten Heft besonders auf die Aktion der katholischen Sozialisten hingewiesen, die, wie alle Zeichen sagen, nicht ohne Wirkung geblieben ist. Sehr bedeutsam ist die Haltung der Sozialdemokratie. Sie bläst nämlich ganz deutlich zum Rückzug. Gewisse Fanfaren in der Rede Otto Bauers auf dem letzten Parteitag sind bloss als Tribut an die übliche Demagogie zu betrachten und können den Grundton der Chamade nicht verdecken. Es steht in Oesterreich eben anders, als unsere marxistischen Demagogen es zu deren Schaden der schweizerischen Arbeiterschaft vormachen möchten. Wenn die Oesterreicher nicht mehr für sich hätten, als die pseudobolschewistische Taktik dieser „Marxisten“, dann wären sie verloren. Denn deren Fiasko ist mit Händen zu greifen.

Freilich auch das der Heimwehren. Und das des Faschismus. Die erwünschte Folge des Aufkommens der englischen Arbeiter-Regierung ist zum Teil schon eingetreten: die Diktaturen wanken. Die litauische ist noch rechtzeitig (vor dem Vollzug von einigen Dutzend Bluturteilen an sozialistischen Gegnern) gestürzt, wie man sagt direkt durch den englischen Einfluss. In Ungarn und in Polen scheint ihre Stellung sehr unsicher. Mussolini festigt durch „Reform“ des Faschistenrates seine persönliche Macht, aber seine Lage ist sehr verschlechtert. Wenn nur die Arbeiterregierung nicht jene doktrinäre Politik des Ressentiment gegen Frankreich treibt!

Bedenklich bleibt stets die Gärung im Osten, besonders auf dem Balkan.

Die Verurteilung des slovakischen Autonomisten T u k a zu 15 Jahren Zuchthaus und die unter besonders gemeinen Umständen erfolgte kriegsgerichtliche Erschiessung des slovenischen Rebellen G o r t a n durch die Italiener sind böse Zeichen davon. In diesen Gegenden ist grosse Arbeit zu tun.

Berichten wir endlich noch, dass die d ä n i s c h e Regierung nun ihren Abrüstungsplan fertig hat und der Kampf in den Kammern beginnen wird. Gutes Gelingen! Es wird weiter davon zu reden sein. Für diesmal sei nur festgestellt, dass es dem Völkerbund offenbar nicht einfällt, diesem Staat dreinzureden, o b s c h o n e r (so muss man sagen!) nicht seine Neutralität behauptet hat, die u n s erst recht freie Hand gibt.

2. Militarismus und Antimilitarismus.

Die pazifistische und antimilitaristische Bewegung ist nun so reich und weltumfassend geworden, dass es nicht mehr möglich ist, ihr in einem Organ, wie die „Neuen Wege“ (das eben nicht nur diesem Zwecke dient) einigermaßen zu folgen. Es ist darum wohl auch für die auswärtigen Leser das Beste, wenn wir vor allem das hervorheben, was in dieser Beziehung in der Schweiz geschieht und uns in bezug auf das Uebrige auf eine Auswahl beschränken.

Zwei Ereignisse haben bei uns in der Berichtsperiode eine gewisse Bedeutsamkeit für den Kampf zwischen Militarismus und Antimilitarismus erlangt.

Da ist einmal die Versammlung des schweizerischen Pfarrervereins in Aarau, die anfangs September stattfand. Sie verhandelte unter anderem das Thema: „Was kann die Kirche für den Weltfrieden tun?“ Darum richtete sich auf diese Tagung eine Aufmerksamkeit, die sie nie erlebt, wenn sie, mit Professor Barth zu reden,¹⁾ „anständige“ Themen wie Trinität und Prädestination, Christologie und Sakrament behandelt. Zu dem „unanständigen“ Thema hatte die Vereinigung antimilitaristischer Pfarrer (die etwa 120 Mitglieder zählen dürfte) eine Resolution vorgeschlagen, die besonders das Recht der Dienstverweigerung aus Gewissensgründen betonte und die Abschaffung des Feldprediger-Amtes, in seiner heutigen Gestalt, verlangte. Der Pfarrerverein des Kantons Aargau hatte dem gegenüber eine „gemässigtere“ Resolution vorgelegt, die immerhin nicht mehr militaristisch zu nennen war.

Und was ist nun herausgekommen?

Zweierlei ist von Bedeutung.

Zum Ersten. Es wäre in jedem andern Lande wohl selbstverständlich gewesen, dass man das Referat über dieses Thema einem Bürger des Volkes übergeben hätte, auf dessen Boden die Verhandlung stattfand, in unserem Falle also einem Schweizer. Wir haben eine ganze Reihe von ausgezeichneten Pfarrern, die berufen gewesen wären, diese Aufgabe zu lösen. Sie musste so behandelt werden, wie sie auf u n s e r e m Boden sich darstellt und, trotz des allgemeinen Themas, von einem Mann, der in diesem Boden wurzelt und die Geschicke unseres Volkes auf dem Herzen trägt. Wie gesagt, in jedem andern Land wäre das selbstverständlich gewesen. Es wäre aber bei uns umso mehr am Platze gewesen, als der religiöse Antimilitarismus gerade in der Schweiz eine typische Ausprägung und besondere Bedeutung gewonnen hat und bei uns zuerst auf den Plan getreten ist. Aber nein, es musste Einer von Berlin kommen, der allgegenwärtige Professor Siegmund Schultze. Dieses Verfahren ist für jeden Schweizer, der noch etwas von Schweizerstolz in sich trägt, tief beschämend. Es ist einmal eine Feigheit: man hatte offenbar nicht den Mut, einen Mann wie Liechtenhan, Greyerz, Gerber, Trautvetter, Lejeune, die dafür so sehr berufen gewesen wären, mit dieser Aufgabe

¹⁾ Vergleiche K a r l B a r t h: Die Theologie und die Kirche, S. 101.

zu betrauen. Aber noch mehr: dieses Vorgehen ist charakteristisch für die Art, wie die wirkliche Unabhängigkeit und Mission der Schweiz Tag für Tag und auf alle Weise gerade von denjenigen preisgegeben wird, die dann so pathetisch von der Pflicht der „Landesverteidigung“ reden. Es muss die Frage gestellt werden, was denn von dieser Schweiz noch übrig bleibt, die man verteidigen will, nachdem man alles verraten hat, was ihr ein wirkliches Lebensrecht verliehe.

Zum Zweiten: Es ist in Aarau zu keiner Entscheidung gekommen. Nach langer Diskussion wurde der Antrag gestellt, dass die Angelegenheit einer Studienkommission übergeben werde, da man auf eine Entscheidung nicht vorbereitet sei. Es war der allgemeine Eindruck, dass das ein Ausweichen sei. Man bedenke: seit 1914 ist das Problem von Krieg und Frieden das Zentrum aller andern Probleme, eine Frage von Sein und Nichtsein für Europa und auch für das Christentum und die Kirchen. Gott hat in ungeheuren Katastrophen zu den Menschen geredet und wahrhaftig nicht mit undeutlicher Stimme; aber die schweizerische Predigergesellschaft verweist ihn — an eine Studienkommission! Sie spricht heute bis zum Ueberdruß vom „Wort Gottes“, aber wo Gott selbst redet, so klar als möglich, da ist sie schwerhörig bis zur völligen Taubheit. Vgl. Matth. 16, 1—4.

So war diese Pfarrertagung in Aarau ein schweres Fiasko. Aber nicht für den „religiösen Antimilitarismus“. Im Gegenteil, es zeigt sich, wie gewaltig er gewachsen ist, allgemeiner gesagt: welchen Ernst das ganze Problem genommen hat. Wahrhaftig, die Militaristen haben keinen Anlass zur Freude über Aarau.

Noch eindeutiger war das zweite Ereignis: die Vortragsreise von Waldus Nestler in der Schweiz. Waldus Nestler, den Lesern der „Neuen Wege“ ein vertrauter Mann, ist unser lieber Freund und einstiger Schüler. Als er zum zweiten Male in Zürich studierte, da überfiel ihn mitten im blühenden und jauchzenden Alpenfrühling die Kunde vom ausgebrochenen Krieg. Auf dem Bahnhof von Zürich traf er mit dem aus Konstanz, wo der dort tagende „Freundschaftsbund der Kirchen“ vor dem ausgebrochenen Sturm auseinandergestoben war, eilig nach seinem Vaterland heimkehrenden Elie Gounelle zusammen. (Welch ein Zusammentreffen von Männern, die nach Art und Gesinnung zu, nicht gegeneinander stehen mussten! Beide sind dann den ganzen Weltkrieg an der Front gewesen.) Nestler ist in der ersten Hälfte des Krieges als Kompagnieführer in einem besonders blutigen Abschnitt der Front gestanden, in der zweiten als Gasschutzoffizier tätig gewesen, Furchtbar lastete das Problem des Krieges auf ihm, aber heilige Motive, die auch ein Antimilitarist gelten lassen und ehren musste, hielten ihn vom Schritt der Befreiung zurück. Den Dienst an der Kirche freilich, deren Verrat an Christus er während des Krieges so tief und schrecklich erlebte, hat er aufgegeben und wirkt nun als Lehrer an einem Mädchengymnasium zu Leipzig. Aber nun ist die Stunde gekommen, wo er das leisten kann, was seine Seele von der Gewissenslast entbindet, die ihm der Krieg aufgelegt: das Zeugnis gegen den Krieg von einem, der ihn gesehen hat wie Wenige!

Dieses Zeugnis hat in Basel, Bern, St. Gallen, Luzern, Zürich, Aarau, überall wo Nestler auftrat, gewaltigen Eindruck gemacht. Seine Vorträge sind zu einem Ereignis geworden. Das gelegentliche Auftreten von jungen Offizieren, die den Krieg nur vom Hörensagen kennen, gegen diesen Mann, der sein wirkliches Gesicht geschaut, konnte die Wucht seines Zeugnisses nur verstärken. So gross war der Eindruck, dass offenbar unsere Militaristen sich hinter den Bundesrat und seine Organe steckten. Denn als Nestler in Aarau (wo das Rektorat „in Uebereinstimmung mit der Lehrerschaft“ für seinen Vortrag die Aula der Kantonsschule verweigert hatte!) gerade im Begriff war, seinen Vortrag zu halten, bekam er ein Expressschreiben des

Polizeidirektors, der ihm unter Berufung auf übergeordnete Bundesbehörden (welche?) androhte, wenn er direkt oder indirekt die Dienstverweigerung vertrete, werde er sofort aus dem Gebiete der Eidgenossenschaft ausgewiesen. Und nun bedenke man: Nestler hat diesen Vortrag in Deutschland, Schweden und Dänemark wiederholt gehalten. Nie ist er darob auch nur im geringsten behelligt worden. In Frankfurt wurde der Kongress der Frauenliga, an dem er redete, von den Behörden aufs wärmste begrüsst. Aber in der „freien Schweiz“ wird er mit Ausweisung bedroht, weil er sagt, was der Krieg ist. Denn das ist. Das darf man bei uns nicht sagen. Es hat letzthin Einer — es ist Franz Carl Endres — erzählt, ein radikaler Militarist habe ihm erklärt, wenn man nur Mittel fände, von denen das Volk glaubte, dass sie gegen die Giftgase schützten, weil die Angst vor diesen die grösste Stärke des Pazifismus bilde. Dass Nestler für die Dienstverweigerung Propaganda mache, war nur ein Vorwand für das Vorgehen gegen ihn. Denn sie spielte in seinem Vortrag keine irgendwie wesentliche Rolle, es sei denn als Verweigerung der Herstellung von Giftgasen.¹⁾ Im übrigen musste Nestler ohnehin am Morgen nach seinem Aarauer-Vortrag heimkehren. Jenes Vorgehen hat uns also bloss eine neue Blamage für die Schweiz gebracht. Das allein ist, was unser Militarismus und das mit ihm verbundene Schweizertum uns noch eintragen, wahrhaftig nicht „Verteidigung“. Wenn die Lebendigen, Freien und Einsichtigen aller Völker nur noch lächeln oder trauern, wo von der Schweiz die Rede ist, dann sollen Schiessprügel und Maschinengewehr die „Schweizerfreiheit“ retten! — Und nun überlege man folgende Notiz:

„Vor einigen Wochen haben über Paris grosse nächtliche Fliegermanöver stattgefunden, über deren Ergebnis das strengste Stillschweigen bewahrt wurde. Heute weiss das „Oeuvre“ mitzuteilen, dass die Resultate vernichtend gewesen seien. Der Luftverteidigung von Paris sei es bei diesem Manöver nicht gelungen, die Hauptstadt auch nur teilweise gegen die Angriffe eines etwa 100 Flugzeuge starken Bombengeschwaders zu schützen. Die angreifenden Flugzeuge seien in 5000 bis 6000 Meter Höhe — meist ohne überhaupt entdeckt zu werden — über Paris hinweggefliegen. Einer der französischen Gassachverständigen hat dem „Oeuvre“ wörtlich folgende Kritik gegeben: „Wenn nur 100 Flugzeuge mit je einer Tonne Gasgranaten über Paris hinwegfliegen, dann können sie die Stadt mit einer 20 Meter hohen Gaswolke einnebeln. Diese Operation braucht nur eine Stunde Zeit, und in dieser einen Stunde ist Paris mit Mann und Maus vernichtet.“

Den Dienst verweigert hat neuerdings — wie ich erst nachträglich sehe — auch Roger Wuilleumier, Zuckerbäcker, in La Chaux-de-Fonds. Er war schon 1928 wegen dem gleichen Schritt zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Diesmal wurde er von Nationalrat Paul Graber, dem Sekretär der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, verteidigt, und zwar auf ausgezeichnete Weise. Dennoch erhielt er zweieinhalb Monate Gefängnis und drei Jahre Entzug der bürgerlichen Rechte.

Von ausserschweizerischen Fakten dieses Kampfes soll diesmal nur erwähnt werden, dass sich in Deutschland ein „Friedenskartell der Konfessionen“ gebildet hat, bestehend aus dem „Friedensbund deutscher Katholiken“, der „Deutschen Vereinigung des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen“ und dem „Jüdischen Friedensbund“. Das „Kartell“ nennt sich „Arbeitsgemeinschaft der Konfessionen für den Frieden“. Ein Aufruf, den es erlässt, ist unter anderem unterzeichnet von Pater Straatmann, Professor Dessauer, Albert Einstein.

¹⁾ Wenn der „Bund“ ihm deswegen „Auskneifen“ vorwirft, so ist das der bekannte Verleumdertrick.

Ueber die Konferenz der Frauenliga für Frieden und Freiheit in Prag und den Internationalen Friedenskongress in Athen soll das nächste Mal berichtet werden.

3. Sozialismus und soziale Bewegung.

Die Konzentration der kapitalistischen Unternehmungen vollzieht sich unaufhörlich, sei in den Völkern selbst, sei über die Grenzen hinweg. Eine der neuesten Tatsachen dieser Entwicklung ist die Fusion von zwei deutschen Grossbanken, der Deutschen Bank und der Diskonto-Gesellschaft. Das vereinigte Unternehmen verfügt nun über ein eigenes Kapital von 427 Millionen Reichsmark und fremdes von über 4 Milliarden Reichsmark. Dabei „kontrollierten“ beide Banken schon vorher eine grosse Anzahl kleinerer und nun schliessen sich einige grössere unter diesen direkt mit dem neuen Gebilde zusammen. Das ist auch Rationalisierung. Tausende von Angestellten werden dadurch brotlos. Schlimmer noch ist, dass eine solche finanzielle Macht selbstverständlich eine Herrschaft bedeutet, mit der verglichen die eines mittelalterlichen Feudalherrn (oder seines „Vogtes“) ein Kinder-Puppenspiel war. Hier heisst es: entweder legt die Gemeinschaft ihre Hand auf diese Gebilde, sie auflösend oder für ihre Zwecke benutzend, oder es kommt das Zeitalter einer unerhörten Sklaverei.

Es fehlt schon heute nicht an Sklaverei. Und zwar nicht nur im alten Sinn (es sol'en aus dem Sudan noch jährlich grosse Massen von Negersklaven nach Abessinien und Arabien gebracht werden), sondern vor allem im Stile des modernen Industrialismus. So vor allem in China, Indonesien (aus dem so viele Vermögen stammen, die bei uns als ungeheurer Gottessegens bestaunt werden), Indien, Südamerika und im südlichen Nordamerika, während Mexiko soeben damit aufgeräumt hat. Von Zeit zu Zeit brechen, wie aus der Sklaverei der antiken Welt, aus diesen modernen Sklavenzuständen Revolten aus, die dann meistens blutig unterdrückt werden. Die neueste wird aus Gastonia in Nord-Karolina gemeldet, bei der es zu blutigen Zusammenstössen zwischen streikenden Textilarbeitern und der Polizei kam, deren Chef getötet wurde.

Eine solche soziale Zuckung ist auch die sogenannte Landvolk-Bewegung, die in Dietmarschen ihr Zentrum zu haben scheint und in ihren Motiven und Formen stark an die Bauernerhebungen des 15., 16. und 17. Jahrhunderts erinnert (der Bundschuh, die schwarze Fahne Florian Geyers mit dem roten Schwert darin und so fort). Man darf über den terroristischen Attentaten, die, wie es scheint, von dieser Bewegung ausgehen, die aber, wenn ich nicht irre, noch kein Menschenleben gekostet haben, nicht den eigentlichen Sinn und auch das Recht dieser Bewegung übersehen. Offenbar hat die deutsche Republik noch zu stark einen plutokratischen Charakter und gilt in den Augen grosser Volksklassen als Ausdruck und Organ jüdischer und christlicher Finanzherrschaft.

Jedenfalls hat die deutsche Sozialdemokratie, wenn sie der Koalition zulieb die Lage der Arbeitslosen verschlechtern lassen musste, jener wieder einen Tribut bezahlt, der schwer auf ihr lasten wird. Nicht weniger wird ihr die Zündholz-Affäre schaden, d. h. die Auslieferung der deutschen Zündholzfabrikation an den sogenannten Schwedentrust gegen eine von diesem dem Deutschen Reiche zu gewährende Anleihe von 500 Millionen Mark und dieser Handel von einem sozialistischen Finanzminister abgeschlossen! Es kracht im Gebälk des deutschen Hauses unheimlich. Noch schlimmer ist der Sklarek-Skandal, in den sozusagen ganz Berlin verwickelt ist, auch ein sozialdemokratischer Bürgermeister, wie denn die Gebrüder Sklarek Sozialdemokraten sind. Welch eine Korruption nicht nur der alten bürgerlichen, sondern auch der neuen sozialistischen Gesellschaft.

Dass sozialistische Regierungen leicht an den zu grossen Erwartungen scheitern, welche die Arbeiterschaft auf sie gesetzt, zeigt sich auch in England. Die Beilegung des Konfliktes in Lancashire befriedigte natürlich wenig. Die Bergleute fordern Reduktion der täglichen Arbeitszeit auf sieben Stunden. Die Arbeitslosigkeit ist nur wenig gemildert. Die Erhöhung des Diskontsatzes der Bank von England erregte böses Blut. Darum fand auf dem Kongress der Labour-Party zwar Henderson für die Aussenpolitik grossen Beifall, nicht aber Snowden und entging die Regierung nur knapp einem Misstrauensvotum. Moral: Nicht zu viel versprechen! Bescheiden bleiben!¹⁾

In Australien ist die Arbeiterpartei wieder ans Ruder gelangt.

In der Schweiz gibt die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Bundesregierung, die nun nach dem Rücktritt eines Bundesrates in den Bereich der Möglichkeit gerückt ist, viel zu reden. Natürlich: Wahlen bilden ja das Element, worin der Schweizer, der bei wichtigeren, namentlich geistigen Dingen, ein Fisch auf dem Trockenen bleibt, sofort lebendig wird. Doch ist nicht zu leugnen, dass es diesmal sich um eine Sache von nicht kleiner prinzipieller Bedeutung handelt. Die vorbereitenden Instanzen der Sozialdemokratie haben sich mit beträchtlicher Mehrheit für die Beteiligung entschieden und wie es scheint wird das Gleiche der Parteitag tun. Das ist selbstverständlich das allein Richtige. Nachdem man in fast allen kantonalen Parlamenten oder auch Regierungen sitzt und trotz der „Diktatur des Proletariates“ in den Statuten und einigem entsprechendem Getue reformistisch bis auf die Knochen geworden ist, wäre etwas Anderes die reinste Komödie. Die Kronprinzenfrage, die im Grunde schon lange allein im Wege stand, ist diesmal von vornherein gelöst, da der Kandidat nach altem (zwar verkehrtem) Brauch diesmal ein Zürcher sein muss und hier ein unbestrittener Kandidat in der Person des Stadtpräsidenten Klöti vorhanden ist. Alle Argumente dagegen, die einige „Unentwegte“ noch vorbringen, sind eitel Phrasenwind. Eine Verhinderung der sozialdemokratischen Beteiligung an der Bundesregierung durch die Bürgerlichen aber wäre nicht bloss Torheit, sondern auch Gemeinheit.

Es gibt freilich Kreise auch in der Schweiz, die, ohne Zweifel durch den Faschismus aufgemuntert, sich einbilden, den Sozialismus schliesslich doch niederwerfen zu können, wenn nötig mit Gewalt. Diese Kreise verdichten sich besonders in der Südwest-Ecke der Schweiz und hier wieder besonders im ultramontanen Freiburg. Leider hat das Bundesgericht das Verbot der roten Fahne (als Zeichen des „Aufruhrs“) durch die Freiburger Regierung nicht aufgehoben.

Blicken wir wieder über die Schweiz hinaus, so erfahren wir, dass Trotzki seinen Frieden mit Stalin machen wolle, was dieser verweigere. In Russland selbst scheint ein ungeheures Experiment mit der Landwirtschaft geplant zu sein, in dem Sinne, dass diese durch Niederwerfung der Kulacki (d. h. grösseren Bauern) und Schaffung von etatisierten Riesenfarmen kommunisiert und bolschewisiert wurde. Ob nicht daran vielmehr der Bolschewismus stürzte? Wird der Bauer in Russland vom Privateigentum, das er erst seit verhältnismässig kurzer Zeit recht kennt, lassen wollen?

Das Problem der Gewalt im Sozialismus wird in den im „Volksrecht“ erschienenen und als besondere Schrift herausgekommenen Artikeln von Fritz Adler: „Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte“ behandelt. Die Stimme des Sekretärs der Zweiten Internationale ist gerade gegenwärtig wichtig. Es wird nötig sein, sich mit seiner Auffassung, der man in vielem, aber nicht in allem, zustimmen kann, auseinanderzusetzen.

¹⁾ Inzwischen ist die Herabsetzung der Arbeitszeit der Bergleute auf 7½ Stunden beschlossen worden. Sie soll nach einiger Zeit auf 7 erniedrigt werden.

4. Religion und Kirche.

Neben dem soeben genannten wirtschaftlichen Experiment scheint der russische Kommunismus auch einen entscheidenden Schlag gegen die Religion im Sinne zu haben. Beides hängt zusammen. Denn Widerstand gegen jene genannten und andere Kommunisierungspläne befürchtet man, wie es scheint, vor allem noch von der religiösen Einsprache her. Wir wissen aus uns zugegangenen Mitteilungen von Menschen, die mit der Sachlage genau vertraut sind, dass zwar im allgemeinen die Oberleitung von Sowiet-Russland keine offene Religionsverfolgung will und Beamte, die eine solche vornehmen, massregelt. So ist auch der Volkskommissär Lunatscharsky formell wegen der Entfernung der Iberischen Gottesmutter aus dem Kreml gestürzt, obschon das daneben wohl auch nur ein Vorwand war. Aber wenn man auch eine offene Verfolgung der Gläubigen aus Opportunismus nicht will und in einiger Hinsicht die Ausübung des Kultus in Sowiet-Russland freier ist als sie im zaristischen war, so scheint man sich doch darüber keine Illusionen machen zu dürfen, dass die herrschende Tendenz es zu einem Entscheidungskampf von riesenhafter Masse zwischen Christentum und Marxismus kommen lassen will.

Ein Schritt nach dieser Richtung hin soll wohl auch die beabsichtigte Abschaffung des Sonntags sein, den man durch ein System von anders gearteten Ruhepausen ersetzen will. Man schützt zwar das Interesse der Produktion vor, aber man meint wohl, damit einen Schlag gegen „Gott“ führen zu können. Darauf sollten nun die Vertreter der Sache Christi nicht hineinfallen. So sehr man (wie der Schreibende selbst) den Sonntag (aber einen wirklichen, nicht den Fest-, Sport- und Vergnügen-Sonntag, den Sonntag des Bacchus, der Venus und des Mars, den Sonntag des Lärms und der Hetze) innig lieben und für eine Quelle unermesslichen Segens halten mag, so ist der Sonntag (zum Unterschied vom jüdischen Sabbath, wenn ichs recht verstehe?) doch nicht ein Bestandteil unseres Glaubens. Er ist eine menschliche Einrichtung, die wir allfällig auch entbehren könnten, ohne uns damit einen Finger breit von Christus zu entfernen. Hüten wir uns also an diesem Punkte vor Uebertreibungen des Eifers! Aber ich glaube freilich, dass letzten Endes eher der Bolschewismus über dem Sonntag, als der Sonntag über dem Bolschewismus stürzen wird. An dieser Opposition gegen den Sonntag wird im übrigen der ganze seelenlose Rationalismus, der dem Bolschewismus eigen ist, und der ja auch im sonstigen Marxismus Ansatzpunkte hat, besonders sichtbar.

Ein blosser winziger Widerschein dieses ungeheuren Kampfes ist der, den der Kommunismus, als Affe Russlands, im Westen führen zu müssen glaubt. So die Geschichte mit dem „Pionier“, den die Kommunisten in ein paar Zürcher Schulhäusern in einigen Exemplaren angebracht hatten. Es ist eine Schülerzeitung von zum Teil freilich krasser Dummheit und Frechheit. Solche Dinge werden von Frommen und Weltlichen gewaltig aufgebauscht und ausgebeutet, zum Teil von solchen, die ihrerseits „Religion“ höchstens als Schutz ihres Geldbeutels zu würdigen wissen. Aber als Symptome gewisser Zustände und Entwicklungen ist die Sache schon ernsthaft genug. Bloss sind die Gedanken, die sich jene Entrüsteten darüber machen, in jeder Beziehung jämmerlich.

In Berlin ist scheints eine (russische) Kirche von einer Bank gekauft worden. Darüber sollten jene Frommen und Weltkinder nachdenken. Es liegt ein furchtbarer Symbolismus darin. Freilich könnte es auch eine Kaserne oder eine Fabrik sein, der die Kirche weichen musste. Man vergleiche dazu Piechowsky: „Der proletarische Glaube.“

Ueber solche Dinge, vielleicht die Bibel in der Hand, nachzudenken, wäre wohl mehr wert, als die heute so vielgerühmte „theologische Besin-

nung“. Vielleicht hätte man auch in Marburg, bei der Erinnerungsfeier an das Religionsgespräch von 1529, gut getan, an diese Dinge zu denken. Dann wäre diese Feier nicht so dürrig und leer gewesen, wie sie allem Anschein nach gewesen ist. Es hätten sich bei diesem Anlass grosse und lebendige Dinge verhandeln lassen, freilich solche, die man nicht in Dogmatiken findet. So hat man bloss den alten Fluch der Theologie illustriert, diesmal besonders durch Unfruchtbarkeit. Schade!

5. Kulturelles und Unkulturelles.

Die Petition um das Frauenstimmrecht ist der Bundesversammlung überreicht worden, mit der mehrheitlichen Empfehlung der betreffenden Kommission an den Bundesrat, sie ablehnend zu beantworten — natürlich. Die Ueberweisung geschah mit der bei uns üblichen Unritterlichkeit, die aber durch eine empfehlende Rede des sozialistischen Nationalrates Opprecht etwas gut gemacht wurde.

Die schweizerischen Schriftsteller wünschen eine grössere Subvention des Bundes zu bekommen. Die bisherige betrug (mit der Schillerstiftung zusammen) volle 5000 Franken. „Die Schweiz ein Holzboden für ideale Bestrebungen“. (Gottfried Keller.) Norwegen gibt dafür jährlich 31,800 Franken, Dänemark 138,000 Franken, Belgien 1,139,500 Franken aus!

Die Schweiz bleibt dafür, trotz den Bemühungen von Professor Zangger, von denen das Februarheft berichtete, ein Hauptausfuhrland für moderne Rauschgifte (Opium, Morphinum, Heroin). Sie braucht für medizinische Zwecke an Morphinum 72 Kilo, an Heroin 9 Kilo im Jahre, aber wir stellen an Morphinum 3757 Kilo und an Heroin 3310 Kilo im Jahre her. Natürlich fast ganz für die Ausfuhr. Denn es ist ein sehr lukratives Geschäft. Der offizielle Preis für ein Kilo Morphinum beträgt z. B. in den Vereinigten Staaten 101 Dollar (gleich 500 Franken), aber der heimliche Preis 125,000 Dollar (575,000 Franken). Man mag daraus die Gewinne berechnen, die man mit diesem Teufelshandel machen kann. An einer Tonne solcher Rauschgifte (die 100 Millionen Dosen enthält) kann man 200 Millionen Goldfranken verdienen. Kein Wunder, dass man sich so etwas nicht entgehen lassen will. Aber, noch einmal, welch eine Teufelei!

In Innertkirchen im Berner Oberland ist ein Mädchen vergewaltigt und ermordet worden. Ein Chauffeur scheint der Tat schuldig. Nicht ganz ein Zufall. Denn wenn die Heiligkeit des Menschenlebens an einer Stelle missachtet wird, so stürzt sie zuletzt an allen zusammen. Heilig aber wird der Mensch, wie — mutatis mutandis — alle Kreatur nur vom heiligen Gott her. Werdet gottlos, nicht im Credo-Sinn, sondern im Wesen, und ihr werdet — früher oder später — Unmenschen, Bestien, Teufel.

Moral: Kehret um!

17. September.

L. R.

Die Anstifter.¹⁾ Immer und immer wieder taucht das Wort von den „Anstiftern“ auf, nämlich den Anstiftern zur Dienstverweigerung. Ich müsste eigentlich die Einzahl brauchen, denn in den meisten Fällen liegt die Sache so, dass man mich als den Anstifter so ziemlich aller Dienstverweigerungen im Schweizerland hinstellt. Es werden die Verweigerer auch so ziemlich regelmässig gefragt, ob sie mit mir in Beziehung gestanden seien. Höchstens hat etwa noch Pierre Ceresole die Ehre, neben mir in dieser Rolle zu erscheinen. Erst ganz neuerdings kommen die antimilitaristischen Pfarrer und Lehrer dran. Wir, heisst es nun, sitzen in Sicherheit, aber wir hetzen junge Leute ins Gefängnis und allerlei innere und äussere Nöte und Schwierigkeiten.

¹⁾ Um Nachdruck und sonstige Verbreitung dieser Erklärung bitte ich dringend. R.

Uns, ist die Schlussfolgerung, sollte man darum „fassen“ können. Und es wird nach einer neuen Lex Häberlin gerufen. Eine ganz besonders gemeine Version dieser Fiktion, in der sich unsere Militaristen gefallen, ist vor einiger Zeit in den „Basler Nachrichten“ erschienen (26. Juni), wo wir direkt als „Verbrecher“ hingestellt werden. Aber auch sonst taucht überall in den bürgerlichen Blättern dieselbe Verleumdung auf. Ganz offenkundig ist System darin. Man will eine neue Lex Häberlin, vielleicht auch bloss die Anwendung der ins Militärstrafrecht und ins neue bürgerliche Strafrecht hineinbugsierten Fragmente der alten Lex Häberlin vorbereiten. Es ist darum wohl am Platze, dass einmal diese ganze Kampagne ein wenig ins rechte Licht gerückt wird.

1. Was unsere „Anstiftung“ betrifft, so habe ich den wirklichen Sachverhalt schon wiederholt klargestellt, möchte nun aber doch noch einmal Folgendes erklären:

Es ist und bleibt eine krasse Unwahrheit, die ich nun, nach all meinen Erklärungen in dieser Sache als Lüge bezeichnen muss, dass ich je einen Dienstverweigerer zu seiner Tat angestiftet hätte. Niemals habe ich das getan, weder direkt noch indirekt. Ich erkläre: Es komme Einer und beweise mir das Gegenteil! Man stelle mir einen Dienstverweigerer, der erklärte, ich hätte ihn angestiftet! So oft ich das schon verlangt habe, nie ist der Beweis angetreten worden, nie hat sich ein solcher Dienstverweigerer gemeldet, wohl aber ist das Gegenteil geschehen, und zwar öffentlich. Die Ausrede, es hätten sich die Dienstverweigerer alle verschworen, mich nicht zu verraten, ist zu kindisch, als dass sie eine Widerlegung verdiente. Der Sachverhalt ist vielmehr der: Nie habe ich, seis in Rede, seis in Schrift, zur Dienstverweigerung aufgefordert. Die grosse Mehrheit der Dienstverweigerer ist mir persönlich ganz unbekannt, insofern als ich nie irgendwelche persönliche Beziehungen zu ihnen gehabt habe. Von denen aber, die mit mir über das Problem der Dienstverweigerung verhandelt haben, gilt immer noch, dass auch nicht einer von ihnen dann zum Verweigerer geworden ist. Ich habe mit äusserster Gewissenhaftigkeit mich bemüht, ihnen das Problem in seiner ganzen Schwere klar zu machen und gewöhnlich hinzugefügt: „Schon der Umstand, dass Sie mich überhaupt fragen, beweist, dass Sie für diesen Schritt nicht reif sind, denn so etwas tut man nur, wenn man muss!“ Eine scheinbare Ausnahme, die aber in Wirklichkeit keine ist, habe ich nur mit einem gemacht, der schon dreimal verweigert und zwölf Monate Gefängnis hinter sich hatte und dem nun Kameraden anrieten, sich einer weiteren Strafe durch die Flucht ins Ausland zu entziehen. Ich fragte ihn, ob er denn noch auf dem Boden seiner bisherigen Ueberzeugung stehe? Als er dies bejahte, erklärte ich, dann solle er auch diesmal fest bleiben und sich nicht durch eine Flucht um allen Segen seines bisherigen Tuns bringen. Er folgte meinem Rat und — wurde freigesprochen und aus dem Heer entlassen.

Der Tatbestand ist der, dass ich bloss, vom Fall Bandraz an bis zum Fall Kessler, für die Dienstverweigerer eingestanden bin, so oft ich sicher war, dass es sich um einen wirklich aus der Nötigung des Gewissens kommende Tat handle und dass ich kein Hehl daraus machte, wie ich eine solche Tat hochschätze und die Dienstverweigerung dieser Art als die stärkste Waffe im Kampfe gegen den Moloch des Krieges und Militarismus betrachte. Hätte ich wohl diese Menschen im Stiche lassen sollen? Was hätte man dann erst gegen mich gesagt! Oder hätte ich in diesen Jahren seit 1914, als die Ueberwindung von Krieg und Kriegsrüstung zur grössten und dringlichsten Aufgabe der Menschheit und Christenheit wurde, darüber schweigen sollen, nur damit aus meiner Ueberzeugung keine „Folgen“ entstünden? Propaganda aber oder gar Agitation für die Dienstverweigerung habe ich nie getrieben, niemand wird mir solche nachweisen können. Ich habe diese ganze Sache immer mit dem heiligsten Gewissensernst behandelt. Gelegenheit zu Propaganda und Agitation hätte ich genug gehabt und die Versuchung war oft nicht klein, aber ich habe sie besiegt.

Das ist meine wirkliche Haltung gewesen. Wenn man das Anstiftung nennen will, nun ja, dann tue man es, dann aber klage man nicht nur Tolstoi, sondern auch das Neue Testament (sogar das Alte!) solcher Anstiftung an und nehme ein Verbot der Bibel in die neue Lex Häberlin auf.

2. Es muss aber einmal die ganze Armseligkeit dieser Losung vom „Anstiften“ an den Pranger gestellt werden. Wo in aller Welt ist je eine grosse neue Sache aufgetreten, die für ihre Träger nicht gewisse Gefahren und Konflikte mit dem Bestehenden zur Folge gehabt hätte? Was hat die Reformation der Welt für Aufregung und Kampf gebracht, jahrhundertlang, bis auf diesen Tag! Sie hat zahllose Familienbande und andere Bande zerrissen, hat unendliche Gewissenskämpfe erzeugt, hat Bürgerkriege und Völkerkriege furchtbarster Art zum Gefolge gehabt, hat zahllose Menschen, Männer, Frauen und Kinder in Kerker und auf Scheiterhaufen gebracht — wie, hätten Luther, Zwingli und Calvin nicht sprechen sollen, aus Angst vor den „Folgen“? Hätte Christus selbst schweigen sollen, da er doch voraussah, dass um seiner Botschaft willen seine Jünger in der Welt sein würden, wie Schafe unter den Wölfen? Hat er nicht vielmehr gesagt: „Ich bin gekommen, ein Feuer anzuzünden auf Erden und wie wollte ich, es brennte schon!“ und: „Ich bin nicht gekommen, den Frieden zu bringen, sondern das Schwert“? Hat er nicht verlangt, dass ein Mensch um seineswillen Vater und Mutter hasse, und vorausgesagt, dass um seineswillen Streit entstehen werde zwischen Eltern und Kindern, Gatten und Gattin, Hausgenossen und Hausgenossen? Leset doch einmal das zehnte Kapitel des Matthäusevangeliums! O diese Militaristen, die so viel von der Mannhaftigkeit reden, die durch Krieg und Militär erzeugt würde und uns vorwerfen, dass wir eine Entmannung herbeiführen wollten und die selbst die erbärmlichste geistige Feigheit als sittliches Gebot hinstellen! Ihr traurigen Memmen!

O diese Militaristen, füge ich hinzu, die uns immer wieder vorhalten, dass der Dienstverweigerer so wenige seien und gleichzeitig ein solches Geschrei über ihre Anstifter erheben — solche Widersprüche zeigen immer, dass eine Sache unwahr ist — und die auf der andern Seite sich über die zwölf Millionen Männer gar keine Skrupel machen, die auf den Schlachtfeldern gefallen und die weiteren achtzehn Millionen, die sonst Opfer des Krieges geworden sind, weil man die Völker angestiftet hatte — weil ihr, die Militaristen, sie angestiftet hatten, und zwar mit Lug und Trug, einander zu morden. Ihr erbärmlichen Heuchler!

3. Ich möchte aber auch zu der von unsern Militaristen so sehr ersehnten neuen Lex Häberlin ein Wort sagen. Diese Leute bilden sich offenbar ein, dass wir „Anstifter“ eine solche ganz ungeheuer fürchteten und dass unser ganzes schlaues und diabolisches Bestreben sei, andere ins Gefängnis zu bringen, selbst aber uns davor zu bewahren. Diese Art von Menschen wird es nun ja nicht glauben, aber solchen, die noch ein ehrliches Wort ehrlich aufnehmen können, möchte ich doch einmal sagen, dass das genaue Gegenteil die Wahrheit ist: Wir möchten wohl die Ändern vor dem Gefängnis bewahren, kämen aber selbst noch so gern hinein. Denn dann hörte doch dieses Geschrei einmal auf. Es täuschen sich diese Leute auch sehr, wenn sie meinen, unsereins habe eine solche Heidenangst vor dem Gefängnis. Im Gefängnis ist der höchste Adel der Menschheit gesessen, von Jeremias über Paulus, Huss, Savonarola, Galilei, George Fox und so fort und so fort bis zu Gandhi, und eine noch herrlichere Erhöhung ist nur die zum Scheiterhaufen und Galgen gewesen. Ich habe oft zu meinen Freunden gesagt: „Heutzutage muss man sich schämen, nicht im Gefängnis zu sitzen.“

Aber warum denn habe ich nicht dafür gesorgt, dass ich hinein gekommen bin? Antwort: Weil man das nicht darf, weil man dergleichen nicht provozieren darf, weil man ein Martyrium nie suchen darf. Die Versuchung lag nahe genug; sie musste überwunden werden. Wer aber behauptet

tet, dass ich je in Wort oder Schrift mit meiner Ueberzeugung in bezug auf diese Dinge zurückgehalten hätte — ausser wo es galt, Agitation, Propaganda, Anstiftung zu vermeiden — der redet falsches Zeugnis. Ich habe vor einer Versammlung vor anderthalbtausend Menschen in der Tonhalle in Zürich meine Ueberzeugung frei ausgesprochen, das Gleiche habe ich im Senate der Universität Zürich getan, das Gleiche vor Militärgericht, das Gleiche zahllose Male in Vorträgen und Artikeln. Man hätte mich längst „fassen“ können, wenn man es gewagt hätte; ich war und bin bereit.

Nein, wir fürchten wahrhaftig keine Lex Häberlin. Auch darum nicht, weil eine solche nach allen Erfahrungen des Kampfes um die Wahrheit unserer Sache ja nur nützen würde. Es ist selbstverständlich eine armselige Illusion unserer Gegner, zu meinen, wenn sie auf Grund eines solchen Maulkorbgesetzes Ceresole, Ragaz und vielleicht auch Liechtenhahn, Greyerz, Gerber, Früh, Werner Schmid und noch ein paar Andere im Gefängnis hätten, wäre der Antimilitarismus in der Schweiz erledigt und gäbe es keine Dienstverweigerer mehr. Auf solche Gedanken kann man nur kommen, wenn man — keine Gedanken mehr hat, wenn man eine Sache mit Gründen nicht mehr verteidigen kann und sie daher mit Gefängnismauern verteidigen muss. Nein, wir haben die alte Lex Häberlin bekämpft, weil sie eine Schande für die Schweiz gewesen wäre und werden aus dem gleichen Grunde die neue bekämpfen, wenn sie kommen sollte, aber wir fürchten weder das Gefängnis noch die Lex Häberlin.

4. Es ist aber auch eine armselige Fiktion, dass wir „Anstifter“ in behaglicher Sicherheit, im Schlafrock und Pantoffeln, hinter dem Ofen sässen, während die Andern vor die Militärgerichte und ins Gefängnis gingen. So können doch wieder nur Menschen reden, die in ihrer Wut völlig blind geworden sind. Es ist wahr, ich bin nie im Gefängnis gesessen, aber ich meine, in diesem Kampf gegen Krieg und Militarismus, überhaupt gegen das Reich der Gewalt, sogar noch etwas mehr auf mich genommen habe, als ein paar Monate Gefängnis. Im Zusammenhang dieses Kampfes habe ich im Alter von dreiundfünfzig Jahren mein Amt und mein Brot aufgegeben. Denn dass ich der Arbeiterschaft nicht ein Abstehen von ihrer damals allmächtigen Gewaltlehre und ein Vertrauen auf geistige Mächte zumuten dürfe, solange ich selbst in wenigstens scheinbarer Existenzsicherheit lebe, das war einer der wichtigsten Gründe, die mich aus meiner Professur vertrieben. Ich habe ihn nicht an die grosse Glocke gehängt, aber meine Freunde wissen das wohl. Man mag mir nachsagen, was man will, aber dass ich mich selbst schone und Andere in den Kampf schicke, dass ich Andern etwas zumute, wozu ich selbst nicht in erster Linie bereit sei, das kann mir nur vorwerfen, wer entschlossen ist, einen Menschen, der ihm mit seinen Ansichten im Wege steht, um jeden Preis schlecht zu machen. Es ist auch keineswegs bei jenem einen Opfer geblieben. Der ganze schwere Kampf innerhalb der Sozialdemokratie (von dem auch das letzte Heft der „Neuen Wege“ eine Probe brachte) ist nicht etwa an der Religionsfrage, sondern an der Gewaltfrage entbrannt. Es ist der gleiche Kampf wie der gegen Militär und Völkerkrieg. Dieser ganze Kampf hat mich für viele Schweizer vollends zum Gottseibeius gemacht; er hat mir Hass und Verleumdung ohne Ende eingetragen. In diesem Kampf habe ich einen grossen Teil meiner Lebenskraft verzehrt. Wahrhaftig, man kann mir nicht nachsagen, dass ich nicht zu schätzen wisse, was die Dienstverweigerer leiden, aber eine grössere Dickhäutigkeit für alle menschliche Wahrheit kann es nicht geben, als wenn man immer wieder mit diesem Geschrei kommt, Menschen wie Ceresole und ich sässen in Ruhe und Sicherheit, während Andere ins Gefängnis gingen. Wenn die einmal auch nur ein Vierteljahr lang unsere „behagliche Sicherheit“ geniessen müssten!

5. Aber ich sage noch Stärkeres. Diese Gegner werfen uns also immer wieder vor, wir verleiteten junge Leute, dass sie sich weigerten, zu töten.

Ich kehre nun einmal den Spiess um und frage: Was ist von denen zu halten, die junge Leute dazu verleiten, dass sie sich vorbereiten — zum Töten? Solite nicht das ein Verbrechen sein? Ich frage: Ist es zu verantworten, dass man junge Menschen, unreife Menschen, Menschen im Alter von neunzehn und zwanzig Jahren, in einem Alter, wo man solche Dinge noch gar nicht recht beurteilen kann, dazu verführt, Handgranaten zu werfen, Maschinengewehre zu bedienen, Bajonettfechten zu üben und dadurch ihre Seele mit Mordgedanken zu beschmutzen? Wenn wir wirklich Anstifter wären, in dem Sinne, wie ihr es meint, so wären wir immerhin Anstifter zum Nicht-Töten, während ihr Anstifter zum Töten seid. Wie könnt ihr das vor Gott und Menschen noch verantworten? Wie könnt ihr es vor dem Evangelium der Liebe und des Friedens, vor dem Gebot: „Du sollst nicht töten“, vor den Eltern dieser jungen Männer, vor ihnen selbst verantworten, wie könnt ihr es vor der Verfassung der Schweiz verantworten, die durch die Annahme des Kellogg-Paktes den Krieg als Verbrechen erklärt? Welches Gesetz soll man gegen euch machen, ihr Anstifter zum Töten?

6. Und darum noch das Letzte! Wir haben bisher niemanden angestiftet, haben keine Propaganda, keine Agitation für die Dienstverweigerung getrieben. Bisher! Aber es könnte freilich ein Tag kommen, wo wir aus der bisherigen Zurückhaltung heraustreten müssten. Wenn es auf diesem Weg weitergeht, wenn die Welt weiterhin der Hölle und Vernichtung, dem Untergang Europas im Giftgasmord entgegentaumelt, wenn die Schweiz trotz dem Völkerbund, ja sogar, heuchlerischerweise, unter Berufung auf ihn, auch trotz dem Kellogg-Pakt, trotz den Schiedsgerichtsverträgen, trotz der Abrüstungsbewegung verbissen und fanatisch weiterrüstet, dann kann schon geschehen, dass wir es eines Tages auf den Gassen rufen: „Wer da noch mitmacht, ist ein Verbrecher!“ Uns liegen die Seelen der Menschen an. Uns blutet das Herz, wenn wir diese jungen Männer sehen, die man getauft, im Evangelium und auch in der Humanität unterrichtet, die man konfirmiert, auf das Kreuz Christi verpflichtet hat und die nun, nicht wissend, was sie tun, in dieses Teufelswesen der heutigen Vorbereitung auf den Krieg hinein taumeln. Dürfen wir zusehen, ohne zu warnen? Müssen wir nicht diese gefährdeten Gewissen aufwecken? Müssen wir nicht? Dürfen wir noch länger schweigen?

Wir sagen euch: Wenn ihr nicht abrüstet, und zwar bald und ernsthaft, wenn ihr weiterhin nur aufrüstet, dann wird ein Tag kommen, wo wir im Namen alles Heiligen, alles, dessen, was göttlich und menschlich ist, im Namen der Liebe zu den Seelen und Leibern der Menschen, im Namen Christi gezwungen sind — durch euch gezwungen! — anzustiften zur grossen, allgemeinen Verweigerung des Greuels, der Krieg und Kriegsvorbereitung heisst.

L. R a g a z.

Proben militaristischer Polemik. (Zur Erheiterung der Leser abgedruckt aus: „Der Unteroffizier“, Korrespondenzblatt der Unteroffiziersgesellschaft Zürich, Nr. 8, zum 1. August.)

Auf Pikett am 1. August 1929.

Wer auf Moskaus Geheiss unseren Nationalfeiertag stört oder auch nur zu stören versucht, der gehört, wenn er ein Ausländer ist, binnen 24 Stunden des Landes verwiesen zu werden. Mit Gratisbeilage einer Tracht derbster Schweizerprügel. Ist es, traurig! ein Inländer — wir wollen dem nicht „Schweizer“ sagen — ver falle er der Verachtung aller senkrechten Eidgenossen. Und die Prügelaktion erwarte den Lausbuben überall und täglich. Um die sogenannte Humanitätsduselei (Scheinheiligkeit!) der Moskau- und Herriot-Freunde werden sich in diesem Falle gerade einen Pfifferling kümmern.

Viele Eidgenossen!

Ordnung muss sein in unserem Schweizerhaus! — Daher Auf Pikett!

Das ist deutlich eidgenössisch gesprochen. Vermutlich werden die Edelpazifisten, die Herriot-Bündler, die Weiberrechtlerinnen, das ganze internationale Weltverbesserungsgeschmeiss („Verbesserung“ durch eine blutige Revolution, die uns in den menschlichen Urzustand „vorwärts“ versetzt), von den „soldatenschindenden Unteroffizieren, vom Kasernenhof-Grobianismus“ faseln. Auch wir, jeder Vernünftige weiss das überhaupt, sind nicht für Grobheit, mit einer Ausnahme indes: Für die Moskowiter und ihre Nachbeter sind auch die härtesten Eidgenossenfäuste noch nicht Stahl genug. Und gleich hinterher der Galgen für diese Verbrecher. —

Die Schweizerfahne.

Es gibt Politiker, die uns Schweizer und Soldaten auffordern, die Fahne des Heeres, das Symbol unserer Unabhängigkeit und Freiheit, auf den Miststock (!) aufzupflanzen.

Lieber Kamerad, wenn du in Zivil dieser Fahne begegnest, entblössst du auch dein Haupt, hast du den Mut, andere sogenannte Eidgenossen mit lauter Stimme, fest und beharrlich, zum Grüssen des Schweizerkreuzes aufzufordern, wenn sie es absichtlich oder aus Mangel an Anstand unterlassen? Hast du deinen Buben den tiefen Sinn des Fahnengrusses erklärt?

Vorwärts marsch!

Nicht nachlassen. Stets bereit sein. Niemand bürgt uns, dass der Friede erhalten bleibe. Und wenn dann unsere grossmauligen Nachbarn im Süden, Westen oder Norden, Handel unter sich anfangen, wer schirmt uns dann? Nur die vielverlästerte Armee. Sie allein kann es. So wie sie es 1870/71 und von 1914—1918 brav getan hat. Damals waren auch alle Armeeverderber froh, heilfroh im Grunde ihrer Seele, über diesen zuverlässigen Schutz. Hinter dem eisernen Hag der Bajonette, zu Hause am warmen Ofen, konnte man ruhig weiterhetzen, den Pazifisten spielen, wie es so ein Ragaz tat und täglich tut, der der Schweiz „neue Wege“ zeigen will. Oder glaubst du allen Ernstes, dass etwa eine Tafel an der Grenze, mit der Aufschrift: Schweiz, harmlose Pazifisten! mit Unterschrift Ragaz, uns vor Tod und Verderben schützen würde?

Landesverräter Ragaz.

„Im Namen Gottes des Allmächtigen“ fordert er alle Menschen auf, ungehorsam zu sein, den Eid der Treue zu brechen, zu meutern. Der dies tut, ist ein Pfarrer und gewesener Theologieprofessor. Aufruhr ist ihm Himmelsmusik. Mehrere Hundert reformierte Geistliche haben sich nach seinem Beispiele zu einem Bunde zusammengetan, um diese „Heilslehre“ unseren Kindern allsonntäglich zu verkünden. Und die Eltern, die für die Besoldung solch verbrecherische Irrlehren verbreitender Hetzpfaffen aufkommen, haben nicht den Mut, Halt! zu rufen. Ein Reformierter.

Die Lehrer. Auch darunter Verräter.

Mehrere Hundert — nach dem Beispiele der sauberen „Gotteswortverkünder“ — Lehrer reissen gewaltsam die Liebe zur Heimat aus den Herzen unserer Kinder. Wir bezahlen den Kerlen dafür hohe Gehälter. Wie lange noch? Ein warmer Freund der anständigen Lehrer.

Gewissensfrage.

Gehörst du auch zu den Drückebergern in Solothurn? Hat dich der berühmte Ody-Geist auch erfasst? Hat dir Pfarrer Ragaz, der Hohepriester des Antimilitarismus, dein Bild in seinem Schandblatt einzurücken versprochen, als „Held der neuen Schweiz“, die von Moskau aus regiert zu werden versucht wird, sich erdreistet. Ein Wehrmann.

Unter „Genossen“. Dr. Arthur Schmid, den „Genossen“ zu nennen nach der Art, wie er mich behandelte, ein Hohn und dazu eine Aufdringlichkeit wäre, die mir in diesem Falle besonders ferne liegt, hat offenbar gegen meine Antwort auf seine gegen uns gerichteten Artikel nichts Sachliches zu erwidern gewusst, das der Rede wert wäre. Darum hat er zu dem alten probaten Mittel persönlicher Verunglimpfung und Diskreditierung gegriffen und dafür die gewöhnlichen Kunstgriffe benutzt. Er schreit Zeter und Mordio über den Ton, den ich ihm gegenüber angeschlagen. Dabei verschweigt er natürlich, dass sein erster Artikel ein durchaus perfider Versuch war, uns „Religiös-Soziale“ bei der Arbeiterschaft unmöglich zu machen. Im übrigen sind diese Parteigrößen, die sich über ihr Format sehr täuschen und an keinen Widerspruch aus den eigenen Reihen gewöhnt sind, sind diese Pressediktatoren, die es wohl zu verhindern wissen, dass in den von ihnen beherrschten Organen die Opposition richtig zu Wort kommt, sehr erstaunt und empört, wenn ihnen ein Sozialist ganz ohne jeden Respekt die Wahrheit sagt, ein Zeichen, wie notwendig das ist.

Arthur Schmid erhebt dann ein noch grösseres Entrüstungsgeschrei darüber, dass ich gewagt habe, von Fehlern zu reden, die die österreichische Partei auch gemacht habe. Dass ich dabei Worte hoher Anerkennung für sie gehabt und besonders hervorgehoben habe, wie sie diese Fehler erkannt habe und gut zu machen suchte, verschweigt er wohlweislich. Wahrscheinlich erscheint ihm dieses Letztere nicht als Tugend! Eine Partei macht überhaupt keine Fehler. Es ist Lästerung, davon zu reden. Diese aufgeklärten Genossen haben für die Unfehlbarkeit des Papstes nur Hohn und Spott, dafür glauben sie an die Unfehlbarkeit der Partei.

Arthur Schmid greift denn auch schleunigst zur Exkommunikation. Ein Mann, der Arthur Schmid entgegentritt und der österreichischen Genossen Unfehlbarkeit bezweifelt, gehört nicht in die Partei. „Er soll gehen.“ Denn kann man sich einen schlimmern Menschen denken? Soll ich, der ich wohl sehr viel länger Sozialdemokrat und gar Sozialist bin als er, etwa den Stil umdrehen und von ihm sagen: „Er soll gehen“? Das Recht dazu hätte ich wohl mehr als er, doch ist mir so etwas nie eingefallen.

Arthur Schmid aber hat noch wirksamere Kunstgriffe zur Verfügung. Er wirft mir vor, nach der Art der Kommunisten in der Partei „Zellen“ zu bauen, natürlich um sie zu unterminieren. Wie das aus der Luft gegriffen, eine demagogische Unwahrheit ist, braucht den Lesern der „Neuen Wege“ nicht bewiesen zu werden. Für Menschen wie Arthur Schmid und seine Gesinnungsgenossen ist der Gedanke eben rein unerträglich, dass der Sozialismus noch unabhängig von ihnen könnte vertreten werden. Das ist die „Freiheit“, mit der diese Sozialisten die Welt beglücken möchten!

Der Haupttrick Arthur Schmidts aber ist, dass er mir aus dem Umstand, dass ich ihn Doktor juris genannt und ihm zugetraut habe, ein Advokaturbureau geleitet zu haben, einen Strick drehen will. Mit komischem Pathos wirft er mir deswegen Unwahrhaftigkeit vor. In Wirklichkeit handelt es sich um einen harmlosen Irrtum. Ich bin eben falsch unterrichtet gewesen, weil ich nicht Arthur Schmidts Unfehlbarkeit teile. Ich habe davon geredet, einmal, weil ein Doktor juris noch besonders verpflichtet ist, einen Sachverhalt kennen zu lernen, bevor er anklagt, sodann, weil ich gegenüber seinem Vorwurf der „Weltfremdheit“ zeigen wollte, dass er ein Intellektueller sei wie wir und keinen Anspruch machen dürfe, die Welt besser zu kennen. Es kommt nämlich besonders oft vor, dass Advokaten sich einbilden, infolge ihres Metiers besondere Kenner der Welt zu sein. Aber noch nie ist es mir bisher eingefallen, dass es eine Schande sei, Doktor juris zu sein oder ein Advokaturbureau zu leiten. Das Geschrei, das Arthur Schmid über diesen Vorwurf erhebt, der gar keiner ist, wirkt lächerlich und grotesk. Was würde man sagen, wenn er mich für einen ehemaligen Professor der Philosophie, statt

der Theologie gehalten und ich dann eine solche Sünde daraus gemacht hätte? Aber ich sollte eben der Unwahrhaftigkeit bezichtigt werden. Das „Volksrecht“ in seinem Wahrheitsfanatismus drückt darum Arthur Schmid Expektoration mit Behagen nach.

Ich erkläre meinerseits feierlich vor aller Welt, dass Nationalrat Dr. Arthur Schmid in Oberentfelden im Aargau, Redaktor des (für ihn selbst) „Freien Aargauers“, weder Doktor juris ist, noch je ein Advokaturbureau geleitet hat, revoziere, tue Busse in Sack und Asche.

Nur eines füge ich hinzu: Schade ist doch, dass Arthur Schmid nicht Advokat ist. Denn seine Antwort ist ein Advokatenkunststück, wie es im Buche steht. Dass er von solchen Advokaten gering denkt, ist begreiflich. Wenn er mir dann gar noch Demagogie vorwirft, weil ich in einer Aarauer Versammlung, die ihm offenbar schwer auf dem Magen liegt, notabene einer Versammlung fast ausschliesslich von Intellektuellen, die einfache Feststellung gemacht habe, das Freidenkertum werde weniger von der Arbeiterschaft getragen, als von Intellektuellen und Halbintellektuellen in der Partei, so gehört das zu diesem Stil.

So viel vorläufig. Die grundsätzliche und endgültige Abrechnung mit dieser Art von Sozialismus wird nicht ausbleiben. L. R a g a z.

Die Hungersnot in China. Der katholische Missionar Pater Hucklenbruch berichtet aus Augenschein folgendes über die Fortdauer der Hungersnot in seiner Provinz:

„Durch die Zeitungen haben Sie vielleicht schon erfahren, dass hier in Kansu grosse Hungersnot herrscht. Wie gross aber die Not im einzelnen ist, werden die Blätter kaum berichtet haben. — Ich lebe nun in dem von der Hungersnot am ärgsten heimgesuchten Gebiete und muss täglich die schrecklichsten Szenen erleben. Schon im November vorigen Jahres begann das Elend hier, nachdem der furchtbare Mohammedaneraufstand die im vorigen Sommer ohnehin schlechte Ernte fast vollständig vernichtet hatte. In Scharen strömten die Hungernden vom Lande in die Stadt und füllen bis heute Tag und Nacht die Strassen, bettelnd, hungernd, sterbend, verwesend. Da nur sehr Wenige in der Lage sind oder die Herzensgüte haben, den Bettelnden mitzugeben, gingen die Hungernden zunächst daran, die kreperten Strassenköter zu verzehren, deren es damals gerade infolge einer Seuche viele gab. Natürlich kam dadurch die Seuche auch unter die Menschen und forderte viele der vom Hunger Geschwächten. Die bittere Kälte des Winters, der die Armen schutzlos ausgesetzt waren, tat das Weitere zum grossen Sterben. Oft gab es wohl Pferde-, Kamel- und Maultierkadaver, um die die Hungernden wahre Schlachten führten, sodass nicht selten mehr Menschen- als Tierblut floss. Auch der Mandarin verteilte etwa einen Monat lang an 600 bis 800 Hungernde täglich einmal eine dünne Suppe. Aber je näher der Frühling kam, umso grösser wurde das Elend, umso mehr Menschen hatten mit dem Hunger zu tun. So viele dem Hunger erlagen, so viele wurden neu in seinen Schreckensbann gezogen. Die Familien lösten sich auf. Die Väter zogen in ferne Gegenden, wo ein besseres Fortkommen zu erhoffen war. Die verlassenen Mütter suchten sich der Kinder zu entledigen, setzten sie in die Wüste, warfen sie ins Wasser oder legten sie mir vor die Kirchtür. Mädchen und junge Frauen werden für eine und zwei Mark an Händler verschachert, die sie in die grossen Städte des Ostens führen. Die Burschen verlegen sich auf Wegelagern und rauben die Reisenden aus. Kein Handel und Verkehr ist möglich, alle Bande der Ordnung lösen sich. Ein jeder sucht dem Hungertod zu entinnen und scheut die entsetzlichsten Mittel nicht. Schon früh begann man die Leichen der Verhungerten zu essen. Dann stieg die Not so sehr, dass Eltern ihre Kinder schlachteten, und nun ist Menschenfleisch so begehrt,

dass ganze Dörfer auf Menschenjagd ausgehen, dass Kinder, wenn sie einen Augenblick ohne Aufsicht sind, verschwinden und von den Hungernden verspeist werden. Deshalb kann ich auch nirgendwo Schule halten, weil die Kinder auf dem Schulweg gefressen werden können. Unter solchen Umständen fordert der Tod täglich viele Opfer. An meiner Wohnung werden täglich ganze Bündel Leichen vorbeigetragen und vor der Stadtmauer verscharrt. Das ist so ziemlich die ganze öffentliche Wohlfahrtspflege. Auf dem Lande bleiben die Leichen unbeerdigt. Da schaffen Wölfe und Geier Ordnung. Wohin ich reise, finde ich Tote an den Wegen. Oft liegen die Leichen so hindernd im Wege, dass ich absteigen und mit dem Diener sie erst fort-räumen muss. — Und nun die Hilfe in all dieser schrecklichen Not? Wir warten noch darauf. Wenn die guten Freunde in der Heimat nicht helfen, sind bis Herbst wohl 70 Prozent der Bevölkerung vernichtet.

(Heft 18 der Ostasiatischen Rundschau.)

Personalia. I. Gestorben sind Hugo von Hofmannsthal, der bedeutende und in manchem erfreuliche Dichter, und Hans Delbrück, der Klassiker der Kriegsgeschichte, ein aufrechter und tapferer Mann, der, nachdem er so manche Legende vergangener Zeiten zerstört, sich in seinen letzten Jahren leider für die Stützung neuester Legenden bemüht hat.

Der vor kurzem zum Rücktritt genötigte frühere Heilsarmeegeneral Bramwell Booth ist bald nach diesem erzwungenen Schritt gestorben. Man hätte also schon noch ein wenig warten dürfen. Ein Urteil über seine Persönlichkeit und sein Werk zu fällen ist der Schreibende nicht berufen. Jedenfalls hat er viel gearbeitet und viel Gutes getan.

In Basel hat, ebenfalls nach einem langen und arbeitsreichen Leben, Paul Böhringer, ehemaliger Pfarrer von St. Peter und ausserordentlicher Professor der Theologie, die Augen geschlossen. Böhringer war ein Mann von ungewöhnlicher Art. Mit einem ausserordentlichen Mass von Scharfblick und Klugheit auch in weltlichen Dingen verband er eine warme und tiefe Herzensfrömmigkeit. Daraus stammte dann wohl auch jene Herzensweite, die ihm, dem Vorkämpfer der kirchlichen Reformbewegung, doch nie erlaubte, im Parteidenken unterzugehen und ihm ermöglichte, neu aufkommende Geistesströmungen herzlich zu begrüßen. Diese Art war im Zeitalter des heftigen kirchlichen Parteikampfes ein Segen und eine Erquickung. Der dies schreibt, wird diesem bedeutenden Manne nicht nur für alle persönliche Sympathie und Nachsicht, sondern gerade auch für dieses herzensweite Verständnis seines besonderen Weges stets aufs wärmste dankbar sein.

L. R.

Personalia. II. Es sind gestorben: Eduard Carpenter, der freisozialistische, zum Anarchismus neigende englische Schriftsteller und Dichter — ein Geist von grosser originaler Kraft; Estlin Carpenter, ein Hauptvertreter des theologischen Liberalismus in England und Leiter eines der grossen Oxforder Colleges; Aletta Jakobs, eine holländische Vorkämpferin der Frauenbewegung, die besonders durch die im Jahre 1915, mitten im Krieg, auf holländischem Boden zusammengetretene Friedenskonferenz der Frauen bekannt wurde; Viktor Berger, der erste und meistens einzige Sozialist im amerikanischen Kongress, von deutscher Abkunft, in Milwaukee (Wisconsin), dem Zentrum der Deutschen in den Vereinigten Staaten, den Sozialismus zur Herrschaft bringend, ein heftiger Gegner der Teilnahme Amerikas am Kriege.

Versammlungen. Bern. Mittwoch, den 20. November und Mittwoch, den 4. November, abends 8 Uhr, wird Herr Pfarrer Lindt-Barth im Konferenzsaal der französischen Kirche zu uns sprechen über: „Die Einstellung der neureformierten Theologie zum Sozialismus.“ Dem Vortrag folgt Diskussion.